

KURZ UND PRÄGNANT

Wahlkreisbüro erneut angegriffen

Erneut war das gemeinsame Wahlkreisbüro „linksKontakt“ der LINKE-Landtagsabgeordneten Karola Stange, André Blechschmidt und Ronald Hande in der Erfurter Innenstadt Ziel eines Anschlags. In der Nacht zum 26. September wurde fast die gesamte Fensterfront des Büros mit Pflastersteinen eingeschlagen. Vermutlich handelte es sich um einen Angriff mit rechtsextremem Hintergrund, denn die Steinwürfe zielten auf Plakate gegen Rechts.

„Diese gewaltsame Aktion ist offenkundig Werk von Aggressions-gesteuerten, Feiglingen und Dummköpfen, die keine Argumente für die politische Diskussion haben. Es ist ein weiterer hinterhältiger Anschlag in einer ganzen Serie von Übergriffen auf Büros von LINKE-Politikern in Deutschland. Diese sind Resultat einer Stimmung, wenn Menschen aufgewiegelt und zum Hass angestachelt werden. Wenn diese Gewalttäter denken, wir würden unsere Bürgernähe durch solche Taten aufgeben, haben sie sich getäuscht. Wir bleiben bei unseren grundsätzlichen Positionen und unserem politischen Ziel, allerorts für eine solidarische, gerechte, demokratische und tolerante Gesellschaft zu streiten“, so die drei Abgeordneten. ■

Lebenspartnerschaft in Ehe umschreiben

Anlässlich der Verkündung der Möglichkeit einer kostenfreien Umschreibung der eingetragenen Lebenspartnerschaft in eine Ehe in allen Thüringer Kommunen begrüßen die GleichstellungspolitikernInnen Karola Stange (LINKE), Matthias Hey (SPD) und Babett Pfefferlein (GRÜNE) ausdrücklich die Ankündigung des Innenministeriums, dass dies in Thüringen unbürokratisch ab dem 1. Oktober umgesetzt wird:

„Die gebührenfreie Umsetzung ist ein weiterer Schritt zur vollständigen Gleichstellung aller Partnerschaften und zum Abbau von Diskriminierung in Deutschland.“ Auf Nachfrage zu den Fallzahlen gab das Innenministerium im Gleichstellungsausschuss bekannt, dass es ca. 1.000 eingetragene Lebenspartnerschaften in Thüringen gibt und seit dem Bekanntwerden der Möglichkeit einer „Ehe für alle“ bereits zehn Anträge vorliegen. Die Kosten für eine Umschreibung schätzt das Innenministerium auf 40 Euro. „Wir begrüßen, dass in diesen Tagen auch die zuständigen Standesämter in Thüringen über die genaue Handhabung durch das Innenministerium informiert werden“, betonten die rot-rot-grünen GleichstellungspolitikernInnen. ■

Bessere Beratung bei Verbraucherinsolvenz

Diana Skibbe: Beratungslandschaft in Thüringen wird auf solide Grundlage gestellt

Die Landesregierung plant, die Zuschüsse für die 23 Beratungsstellen der Verbraucherinsolvenzberatung in Thüringen ab dem Jahr 2018 um fast 30 Prozent zu erhöhen. In absoluten Zahlen soll gemäß dem vorgelegten Haushaltsentwurf für 2018 und 2019 die jährliche Förderung des Landes für die Beratungsstellen um 600.000 Euro erhöht werden.

„Damit löst Rot-Rot-Grün sein Versprechen ein, die Beratungslandschaft in Thüringen auf eine solide und nachhaltige Grundlage zu stellen“, so die Verbraucherschutzpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Landtag, Diana Skibbe. „Die nach wie vor leider steigenden Zahlen von Privatinsolvenzen in Thüringen zeigen, wie dringend die bessere Ausstattung ist. Allein 2016 erhöhte sich die Zahl der Thüringer, die eine Privatinsolvenz anmelden muss-

ten, um 8,6 Prozent. Für diese Menschen brauchen wir gut ausgestattete und kompetente Beratungsstellen. Die seit Jahren stagnierende Förderung führte zu einem Rückgang der Beratungsleistungen, was sich zum Beispiel in überlangen Wartezeiten für die Betroffenen von bis zu einem Jahr äußerte. Mit der jetzt geplanten Erhöhung der Förderung wird es ab 2018 möglich sein, dass die Beraterinnen und Berater ihre Arbeit besser und sachgerechter umsetzen können.“

Eine gute Beratungstätigkeit helfe auch dem Land, Kosten zu sparen. „Denn jeder Beratungsfall, der am Ende nicht vor dem Gericht landet, vermeidet Folgekosten, die sehr hoch werden können und in der Regel durch den Staat zu tragen sind. Deswegen bleibt es eine wichtige Aufgabe, die Beratungsarbeit der freien Träger in Thüringen in diesem Bereich zu stärken“, so die LINKE-Abgeordnete. Dies gelte

ebenso für die Schuldnerberatungsstellen, die in Thüringen von den Kommunen abgesichert werden. Auch hier gab es bisher Engpässe in der Förderung zu Lasten guter Beratung.

Diana Skibbe fordert daher die Kommunen auf, jetzt dem Beispiel des Landes zu folgen und die Beratungsstellen besser auszustatten. „Es bleibt unser Ziel, dass Beratung für Verbraucher in finanziellen Notsituationen auf allen Ebenen in guter Qualität und bürgernah durchgeführt werden kann. Dafür ist die jetzt erreichte bessere Ausstattung der Verbraucherinsolvenzberatung ein erster wichtiger Schritt“. ■

Sozialbetreuung für anerkannte Flüchtlinge

Im Haushaltsplanentwurf der Landesregierung sind in den für Integrationsmaßnahmen vorgesehenen Mitteln auch Gelder für die weitere Förderung der Sozialbetreuung anerkannter Flüchtlinge berücksichtigt. Für 2016 und 2017 hatte die Landesregierung die so genannte 2x25 Millionen-Richtlinie erlassen, damit u.a. die Sozialbetreuung der so genannten „Rechtskreiswechsler“, die nicht über die Flüchtlingskostenerstattungsverordnung geleistet werden kann, durch die Kommunen fortgeführt werden konnte.

2016 waren Asylverfahren schneller und viele davon mit einer Anerkennung als Flüchtling oder der Gewährung eines subsidiären Schutzstatus beendet worden. Die zur Unterstützung der Asylsuchenden von Kommunen neu geschaffenen SozialarbeiterInnen-Stellen konnten mit der Richtlinie weiter finanziert werden.

„Da die Richtlinie 2017 ausläuft, war von kommunaler Seite bereits Besorgnis geäußert worden, was die Weiterfinanzierung der Sozialbetreuung betrifft. Zwar ist keine Neuauflage dieser Richtlinie, die auch Kita-Gebühren für Flüchtlingskinder einschloss, geplant. Jedoch hat Staatssekretär von Ammon im zuständigen Ausschuss eindeutig erklärt, dass eine neue Förderung vorgesehen ist“, so die flüchtlings- und integrationspolitische Sprecherin der LINKEN, Sabine Berninger.

Natürlich stehe zum Landeshaushalt noch die parlamentarische Debatte und Entscheidung des Landtages bevor, jedoch sei bereits die Absichtserklärung des zuständigen Ministeriums eine wichtige Information sowohl für die Kommunen als auch die Träger. Im Haushaltsplanentwurf des zuständigen Ministeriums sind für Maßnahmen der Integration für 2018 und 2019 jeweils 10 Millionen Euro zur Umsetzung des Integrationskonzeptes und 5,6 Millionen Euro für Maßnahmen zur Integrationsförderung veranschlagt. ■

Pizza-Essen mit Bodo Ramelow



Wie versprochen hat Ministerpräsident Bodo Ramelow – zusammen mit der LINKE-Abgeordneten Karola Stange – Schüler der Erfurter Otto-Lilienthal-Grundschule zum Pizza-Essen eingeladen. Es war ihr Preis, den sie gewonnen hatten beim Kreativwettbewerb, den die Linksfraktion im Thüringer Landtag zum Thema „Wenn ich einen Wunsch frei hätte, dann würde ich...“ ausgeschrieben hatte. Die Eröffnung der Ausstellung im Fraktionsflur mit den von Kindern und Jugendlichen eingesandten Arbeiten hatte im Juni im Beisein von Bodo Ramelow stattgefunden. Die Präsentation war eingebettet in eine Fachtagung zum Thema „Kinderarmut in Deutschland“.

Die künstlerischen Objekte waren zahlreich und vielfältig. Es gab Bilder, Gedichte und sogar Videos. Am Ende konnte die Idee der Erfurter Schüler am meisten überzeugen. Sie hatten sich das Konzept vom bekannten Spiel

„Mensch ärgere dich nicht“ vorgenommen und es umgewandelt in „Mensch wünsch dir was“. In den Feldern fanden ihre Wünsche zu Schule, Umwelt und Familie Platz. Die Spielfiguren waren Menschen rund um den Globus nachempfunden und spiegelten damit die Wünsche aller Menschen auf der Erde wider.

Mit viel Neugier waren die Kinder jetzt zu Bodo Ramelow gekommen. Bei der dem Pizza-Essen folgenden Besichtigung der Staatskanzlei lauschten alle gespannt der Geschichte des Gebäudes und stellten zahlreiche Fragen. Zum Schluss bedankten sich die Schülerinnen und Schüler beim Ministerpräsidenten für das Essen und die interessante Zeit bei ihm. Auch ein paar Selfies wurden gemacht und begehrte waren die Autogrammkarten von Bodo Ramelow.

Michael Bicker,
Wahlkreisbüro linksKontakt